Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/637

22. 07. 87

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 25. Mai 1987 in Quebec/Kanada

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 22. bis 25. Mai 1987 in Quebec ab. Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation und Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung
Abg. Klaus Beckmann (FDP)
Abg. Angelika Beer (DIE GRÜNEN)
Abg. Alfred Biehle (CDU/CSU)
Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (Weiden) (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (SPD)
Abg. Dr. Alfred Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Ottmar Schreiner (SPD)
Abg. Heide Simonis (SPD)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Werner Michael Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)
Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)
Abg. Benno Zierer (CDU/CSU)

Bundesrat

Minister Karl-Eduard Claussen (CDU), Schleswig-Holstein,
Staatsminister Peter M. Schmidhuber (CSU), Bayern

Als Mitglied des Ausschusses Zivile Angelegenheiten und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Freier Informationsfluß und Menschenrechte gehörte der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Hupka der Delegation an.

Am 25. Mai 1987 fand eine Sondersitzung mit Aussprache über das Thema „Gorbatschows Glasnost: Chance oder Herausforderung für das Bündnis?" statt.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Frinking** (Niederlande), beschrieb einleitend den mit der Amtsübernahme von Generalsekretär Gorbatschow in der Sowjetunion eingetretenen Machtwechsel als den Abschied von jener alten Garde der Männer, die noch im vorrevolutionären Rußland geboren und durch die Revolution selbst sowie die Stalinistische Ära und den Zweiten Weltkrieg geprägt wurden. Der Generationswechsel sei gekennzeichnet von einem „neuen Stil", in dem überfällige Reformen eingeleitet würden. Zentrales Element in Gorbatschows Reformplänen sei die Umstrukturierung der sowjetischen Wirtschaft. Die zentrale Planwirtschaft sei keineswegs abgeschafft, solle jedoch rationalisiert und effizienter gestaltet werden, um die chronischen Mängel endlich zu überwinden. Um sich auf diese Wirtschaftsreformen zu konzentrieren, suche Gorbatschow durch verändertes Auftreten gegenüber dem Ausland eine Normalisierung der sowjetischen Außenbeziehungen zu erreichen. Seine publikumswirk-

sam dargestellten Vorschläge ließen in der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, als sei die Initiative an die Sowjetunion übergegangen. Eine Bewertung der Veränderungen in der UdSSR stoße bei der Einschätzung der Erfolgsaussichten angesichts der von Gorbatschow selbst angesprochenen Widerstände auf allen Ebenen auf erhebliche Schwierigkeiten. Eine sorgfältige Analyse seiner Absichten sei notwendig. Bis heute bestehe die einzige Herausforderung der UdSSR gegenüber dem Westen in ihrem militärischen Übergewicht in Europa. Der Westen bleibe durch die Attraktivität des politischen Systems und durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit klar überlegen.

Sollten die Reformen jedoch zum Erfolg führen, könne es zu einer wirtschaftlichen Herausforderung kommen, und politisch zumindest zu einer Änderung in der Einschätzung der Unterschiede zwischen den Systemen durch die Öffentlichkeit.

Die sowjetischen Reformpläne böten große Chancen, tatsächlich zu mehr Sicherheit im Ost-West-Verhältnis auf niedrigerem Rüstungsniveau zu gelangen. Auch eine Normalisierung der sowjetischen Politik im Innern, insbesondere in Menschenrechtsfragen, könne zur Verringerung des Spannungspotentials zwischen Ost und West beitragen.

Die folgende Debatte habe den Zweck, die verschiedenen Aspekte dieser neuen politischen Situation zu beleuchten und so zur Konsensbildung und Entscheidungsfindung im Bündnis wie auch zur Information der Öffentlichkeit beizutragen.

Als Experten stellte der Präsident Prof. Richard Pipes (Harvard Universität) und Prof. Franklin Griffiths (Universität Toronto, Politischer Berater des kanadischen Außenministeriums) vor.

Prof. **Pipes** führte aus, die Bewertung von Glasnost durch westliche Beobachter bewege sich zwischen zwei extremen Positionen. Entweder handele es sich um ein Täuschungsmanöver gegenüber dem Westen oder tiefgreifende Veränderungen in der Sowjetunion gingen tatsächlich vor sich. In Europa neige man etwas mehr zu der optimistischen letzteren Version, während in den USA die skeptische Haltung überwiege. Er persönlich tendiere zu der skeptischen Haltung, bezweifele jedoch nicht die Ernsthaftigkeit der Absichten Gorbatschows, denn es bestehe in der Sowjetunion einerseits ein dringender Bedarf an Reformen, andererseits sei es undenkbar, daß die Sowjetunion ihre eigene Bevölkerung für Propagandazwecke und zur Täuschung ihrer Gegner irreführe. Zweifellos sei ein tiefgreifender Modernisierungsprozeß beabsichtigt, der von alten stalinistischen Strukturen mit ihren besonders wirtschaftlich schädlichen Auswirkungen wegführen solle. Letzten Endes stünde die militärische Macht, das Hauptprodukt des Sowjetsystems, auf dem Spiel. Das zentrale konkrete Problem Gorbatschows sei die durch Produktionsschwierigkeiten, geringes Wachstum und mangelnde technische Innovation gekennzeichnete Wirtschaft. Die Hauptursache dieser Schwierigkeiten liege in der weitverbreiteten apathischen Haltung der Bevölkerung und insbesondere der Jugend. Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten fehle es auch an Geld zur Unterstützung verbündeter Länder in der Dritten Welt. Hinter der Angst vor wirtschaftlichem Rückstand stünde die Angst der sowjetischen Führung vor einer Destabilisierung der Gesellschaft. Ein Ausweg sei nur über drastische Veränderungen möglich, und dies bedeute Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, korrektive Rückwirkung der Preise auf die Produktion, qualitative Verbesserung der Produktion sowie die Verlagerung der Verantwortung im Management von der Partei auf die Fachleute. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis solle Glasnost Informationen über die wahre Lage bringen und werde so als Vorbedingung der Reformen angesehen. Wenn auch bisher noch keine Erfolge in den Bemühungen um Reformen zu verzeichnen seien, so müsse man jedoch eine eindrucksvolle Abkehr vom bisherigen Prinzip der strikten Kontrolle der Medien anerkennen. Die Möglichkeit einer Meinungsvielfalt in den sowjetischen Medien sei ein wichtiger, zugleich aber auch gefährlicher Schritt nach vorn. Gorbatschows Reformen stießen in der Sowjetunion auf massive Opposition. Die Nomenklatura sehe ihre privilegierten Interessen bedroht, aber auch bei der Arbeiterklasse fänden die angekündigten Leistungskontrollen mit eventuellen Lohnauswirkungen sowie der Subventionsabbau für Grundbedarfsgüter keine Gegenliebe. Es sei eine „stille Sabotage" zu befürchten. Nach Meinungen der Experten stünden somit die Erfolgsaussichten für Gorbatschows Reformen sehr schlecht. Er warne davor, daß der Westen aus dem Gefühl, Gorbatschow bei seinen Reformbemühungen helfen zu wollen, zu übereilten Leistungen bereit sein könnte. Der Reformprozeß könne ein frühes Ende finden, sei es mit dem Sturz Gorbatschows, oder aber — wahrscheinlicher —, Gorbatschow werde den Sieg der Reformen verkünden und resigniert zu einer Politik der Breschnew-Ära zurückkehren.

Grundsätzlich lägen Gorbatschows Reformen im Interesse des Westens, weil so die Ressourcen im Inland und nicht für außenpolitische Ambitionen verbraucht würden. Jedoch müsse sich der Westen hüten, voreilig Unterstützung zu bieten, bevor noch die Reformen tatsächlich realisiert würden. Ein derartiges Entgegenkommen könne nur von deren Notwendigkeit ablenken und wirke sich schließlich zu Gunsten der Reformgegner aus.

Prof. **Griffiths** verwies auf die Komplexität der Glasnost-Entwicklung, bei der der Hauptakzent auf einer Restrukturierung der Wirtschaft, technologischen Neuerungen sowie einer sogenannten „Demokratisierung" liege.

Innenpolitisch und selbst außenpolitisch habe sich in den letzten ein bis zwei Jahren ein förmlicher Ausbruch von Reformismus ereignet, der sich an zahlreichen Beispielen ablesen lasse und eine gewisse Neustrukturierung der Autoritätsverhältnisse ausdrücke. Für Gorbatschow sei es unerläßlich, daß seine Reformen schon in den nächsten zwei bis drei Jahren zu konkreten Ergebnissen führten. Dieser in der Sowjetunion erheblichen Widerständen begegnende Prozeß solle vom Westen unterstützt werden, soweit

es in seinem Interesse liege. Im großen und ganzen würde der Reformkurs auch von dem sowjetischen militärischen Establishment unterstützt, weil man in diesem Kreise die Abhängigkeit militärischer Macht von einer modernen, leistungsfähigen Industrie und Wirtschaft erkenne. Die Sowjetunion zeige erstmals ein ernsthaftes Interesse für Abrüstungsverhandlungen. Verringerte Ausgaben im Rüstungssektor könnten die Wirtschaft stärken; eine Neugewichtung zugunsten konventioneller Rüstung sei möglich. Die Sowjetunion sehe Abrüstung weiterhin als ein Mittel der Vertrauensbildung im Westen, aber auch als Möglichkeit einer Desorientierung innerhalb der NATO: Strategische Verteidigungsprojekte und vor allem konventionelle Verbesserungen sollten dadurch verhindert werden. Der Westen solle jedoch die Bereitschaft der Sowjetunion für eine weitreichende Rüstungskontrolle, vor allem in bezug auf die doppelte Null-Lösung nutzen.

Abg. **Petersen** (Norwegen), Vorsitzender des Unterausschusses Osteuropa, erklärte, Glasnost sei kennzeichnend für sämtliche sowjetischen Reformvorhaben. Tatsächlich orientierten sich die geplanten Reformen an westlichen Begriffen wie Dezentralisierung, Partizipation und Demokratisierung. Der Reformprozeß werde mit bestimmten außenpolitischen Maßnahmen verbunden, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung im Westen nicht zu leugnen sei. Es obliege daher der Verantwortung der westlichen Politiker, der Öffentlichkeit eine korrekte Einschätzung von Glasnost zu vermitteln. Für die Sowjetunion seien Reformen lebenswichtig, um der zunehmenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stagnation Einhalt zu gebieten. Bisher seien in der Sowjetunion vor allem ausgedehnte Reformdebatten geführt worden, denen nur spärliche Maßnahmen gefolgt seien. Der Reformprozeß befinde sich noch im Anfangsstadium. Die bisher erfolgten Maßnahmen seien nicht ausreichend, um das System grundlegend zu verändern; die zentralistische Planung und Kontrolle der Wirtschaft dominiere weiterhin, ebenso wie das System der Privilegien. Den Fortschritten auf dem Weg zur Demokratisierung könne ebenfalls kein großes Gewicht beigemessen werden, Wahlen mit mehreren Kandidaten seien lediglich für unbedeutende Funktionäre, nicht jedoch für Spitzenpositionen eingeführt worden. Es herrsche zwar allgemein eine größere politische Offenheit, die Lage der Dissidenten und der Juden in der Sowjetunion habe sich jedoch kaum oder nur in Einzelfällen verbessert. Auch in der Außenpolitik, vor allem in bezug auf Rüstungskontrollabkommen mit dem Westen und die Lage in Afghanistan sei keine Lösung in Sicht. Der Westen müsse sich die Frage stellen, was zu tun sei, falls die geplanten Reformen nicht zum beabsichtigten Erfolg führten. Der Erfolg der Reformen liege im Interesse des Westens, weil er mit mehr Freiheit für die Sowjetbürger und intensiverer Kommunikation mit dem Westen auch in wirtschaftlicher Hinsicht verbunden sei und neue Fortschritte im Ost-West-Verhältnis ermögliche. Der Westen müsse daher Glasnost positiv gegenüberstehen. Er solle sich jedoch bei kommenden Vereinbarungen mit der UdSSR hüten, Vorleistungen auf die Reformen zu erbringen und statt dessen darauf achten, seine eigenen Interessen zu wahren.

Abg. **King** (Kanada) äußerte Skepsis gegenüber der Ernsthaftigkeit der Glasnost-Politik Gorbatschows und der Fähigkeit der Sowjetunion, ihre innenpolitischen Praktiken in bezug auf die Menschenrechte zu ändern. Glasnost sei nur ein Täuschungsmanöver, die Menschenrechte würden weiterhin verletzt und diesbezügliche Reformen hätten wenig Aussicht auf Erfolg in einem System, das seiner eigenen Bevölkerung so viele Beschränkungen und nachteilige Vorschriften auferlege. Es sei illusorisch, anzunehmen, die Sowjetunion würde sinnvolle Reformen mit dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte verabschieden. Dennoch müsse man den Reformen im Interesse der Menschenrechte bewußt gegenüberstehen und dabei gleichzeitig realistisch sein.

Abg. **Budtz** (Dänemark) betonte den abrüstungspolitischen Aspekt. Glasnost bleibe kein internes Problem der Sowjetunion sondern betreffe alle NATO-Länder und müsse daher im Bündnis beraten werden. In diesem Zusammenhang habe das dänische Parlament vor einigen Wochen eine Resolution mit dem Auftrag an die Regierung verabschiedet, im Rahmen der NATO auf eine faire INF-Abrüstungsregelung hinzuwirken. Dieser Resolution hätten alle neun Parteien in Dänemark zugestimmt. Im Gegensatz zu der Auffassung einiger konservativer Politiker in den USA sei ganz Europa an einem Abrüstungsabkommen mit der Sowjetunion interessiert. Er wolle diese Tatsache am folgenden Tag gemeinsam mit Abg. Koschnick in Washington und anschließend in Moskau hervorheben. Er als Sozialdemokrat begrüße die Entwicklung zu einer Einigung über Abrüstung in Europa.

Senator **Roth** (USA) bezeichnete Glasnost als die dramatischste Entwicklung in der UdSSR seit Chruschtschows Entstalinisierungskampagne. Trotzdem müsse man sich der Grenzen dieser Öffnung bewußt bleiben. Bisher sei keine grundlegende Änderung der Einstellung zu beobachten. Nur ein taktischer Wechsel des Stils mit Blick auf die westliche Öffentlichkeit sei feststellbar.

Für den Westen stelle sich vor allem die Frage nach der politischen Überlebensfähigkeit Gorbatschows angesichts von Widerständen in Partei und Bevölkerung gegen einschneidende Änderungen, die — nach Gorbatschows eigener Aussage — nicht vor Mitte der 90er Jahre ihre volle Wirkung zeigen würden.

Wirtschaftliches Wachstum sei — wie das Beispiel China zeige — ohne Liberalisierung kaum zu erreichen. Widerstand der Kommunistischen Partei auf die hiermit verbundene Schwächung ihrer Machtstellung stünde zu erwarten.

Daher dürfe man sich von Glasnost nicht zuviel versprechen. Solange die UdSSR in Afghanistan militärisch präsent bleibe und durch Waffenlieferungen in Kambodscha und Angola interveniere, müsse die im Westen durch die Reformpläne geweckte Hoffnung von beständiger Wachsamkeit begleitet werden.

Abg. **Fillon** (Frankreich) führte aus, Glasnost habe bisher im Westen zu allgemeiner Verwirrung und einer ähnlich übereilten Debatte im Bündnis geführt, wie dies 1983 auch in bezug auf das SDI-Programm von Präsident Reagan der Fall gewesen sei. Nicht emotio-

nale Reaktionen seien jetzt gefragt, sondern eine klare Analyse der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Die wahre Ursache der Spannungen in der Welt liege nicht in den vorhandenen Waffen, sondern in den ideologischen Gegensätzen zwischen Ost und West, ohne deren vorherige Beseitigung jede Abrüstung fragwürdig bleibe. Nur eine grundlegende Änderung der Politik der Sowjetunion dürfe eine Änderung der westlichen Verteidigungspolitik auslösen. Dafür biete jedoch Glasnost keinerlei Garantien. Die Allianz müsse mehr Geschlossenheit zeigen, vor allem bei den Abrüstungsverhandlungen. Hier gelte es, die sowjetischen Angebote zur Null-Lösung anzunehmen, die ja ursprünglich auf westlichen Vorschlägen beruhten. Anderenfalls laufe der Westen Gefahr, in der Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Man müsse sich aber auch die Risiken einer solchen Politik vergegenwärtigen, nämlich eine progressive Denuklearisierung Europas sowie eine unzureichende Möglichkeit der Überwachung der Verträge. Die Genfer Gespräche hätten die Grenzen der Transparenz deutlich gemacht, als es um Inspektion und Kontrollen ging. Europa sollte Gorbatschows Herausforderung nutzen, um sein eigenes Konzept für Abrüstung und Sicherheit zu entwickeln und den europäischen Pfeiler der Allianz zu verstärken.

Abg. und Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung, **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) stellte fest, es sehe aus, als trete man in eine neue Phase der Ost-West-Beziehungen ein, und wohl jeder begrüße einen grundlegenden Wechsel in der sowjetischen Politik. Es gelte jedoch zu beachten, daß es sich bei „Glasnost" bisher nur um die Möglichkeit einer Entwicklung in der UdSSR handele. Die Wirklichkeit sei immer noch durch die Verfolgung von Dissidenten, die Existenz von Arbeitslagern und den Krieg in Afghanistan geprägt. Mitten durch Europa verlaufe der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer.

Sofern sich allerdings Möglichkeiten eröffneten, solle der Westen sie im eigenen Interesse nutzen. Bewegung im sowjetischen Regierungssystem biete Aussichten auf eine gemäßigtere und realistischere Außen- und Sicherheitspolitik, die von Gorbatschow sehr öffentlichkeitswirksam ausgespielt würden. Diese Chance gelte es zu nutzen.

Dabei müsse das Bündnis darauf achten, daß seine Verteidigungsfähigkeit auf allen Ebenen und nach allen vorstellbaren Szenarien gewahrt bleibe. Es dürfe innerhalb des Bündnisses keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben, die neutralistischen Tendenzen Vorschub leisten würden. Auch dürfe man nicht die wahren Ursachen der Spannungen vergessen, zu denen die Teilung Deutschlands gehöre. Hauptziel westlicher Sicherheitspolitik müsse die Verhinderung jeder Art von Krieg sein, ob nuklear oder konventionell. Auf absehbare Zeit, und solange die Sowjetunion ihre Überlegenheit bei chemischen Waffen und konventionellen Streitkräften beibehalte, gebe es keine Alternative für die Strategie der „flexible response", für konventionelle und nukleare Abschreckung. Deshalb müsse mit nuklearer Abrüstung verstärktes Bemühen um die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts einhergehen.

Abg. **Hoyer** (USA) sagte, während seines jüngsten Besuches in der UdSSR, bei dem er mit führenden Persönlichkeiten zusammengetroffen sei, habe er sich von der Ernsthaftigkeit der dortigen Reformen überzeugt, deren Ziel natürlich nicht die Verwirklichung des westlichen Demokratieverständnisses, sondern Stärkung und Verbesserung des sowjetischen Sozialismus sei. Es gehe den Sowjets in erster Linie um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; im Bereich der Menschenrechte erzielte oder zu erwartende Fortschritte seien dabei lediglich Randerscheinungen.

Für den Westen eröffne Glasnost zunächst eine Fülle neuer Möglichkeiten. Die Anfänge von Öffnung und Erneuerung in der Sowjetunion ließen auf eine größere internationale Stabilität und Sicherheit sowie den Abbau von Spannungen hoffen. Der Westen müsse sich jedoch davor hüten, zu viele Erwartungen und Hoffnungen in die Glasnost-Politik der Sowjetunion zu setzen. Für das Bündnis könne Glasnost insofern eine Herausforderung sein, als seine Mitglieder dadurch veranlaßt würden, intensiver zusammenzuarbeiten und ihre Politik gegenüber sowjetischen Propaganda-Offensiven besser zu harmonisieren.

Glasnost dürfe nicht von der Situation der Menschenrechte in der UdSSR ablenken. Der Westen müsse sich weiterhin nachdrücklich für die Prinzipien der Menschenrechte im Sinne der Schlußakte von Helsinki einsetzen. Hier liege eine Möglichkeit, echtes Vertrauen zwischen den Nationen sowie eine sicherere Welt zu schaffen.

Senator **Kelchtermans** (Belgien) hob hervor, ein Großteil der sowjetischen Reformen bestehe aus alten Elementen und sei darüber hinaus mehr an der Theorie als an der Praxis orientiert. Die Änderungen beträfen nicht das System und seine Grundwerte, die Sowjetunion bleibe weiterhin ein totalitärer Staat mit zentralistischer Machtordnung. Gorbatschows Intelligenz und seine Dynamik seien eine wesentliche Ursache dafür, daß seine Politik eine so außerordentliche Wirkung auf die öffentliche Meinung des Westens habe. Der totalitäre und hegemonistische Anspruch der Sowjetunion trete daher in den Hintergrund. Die Sowjetunion stelle jedoch weiterhin eine große geopolitische und strategische Bedrohung für Westeuropa dar, denn die angestrebte größere wirtschaftliche Effizienz in der Sowjetunion bedeute nicht Zurückhaltung in der Außenpolitik. Trotzdem solle der Westen die Reformen begrüßen, denn ansonsten bestünde die Gefahr, daß eine weitere Verschlechterung der soziopolitischen Lage die Sowjetunion dazu veranlassen könnte, ihre innenpolitische Misere durch expansionistische Unternehmungen in der Außenpolitik zu kompensieren. Glasnost solle auch als Chance genutzt werden, um Erfolge im Bereich der Abrüstung zu erzielen und die dadurch frei werdenden Mittel zum Wohl der gesamten Menschheit einzusetzen.

Abg. **Barrero Lopez** (Spanien) sprach sich für die doppelte Null-Lösung und den Abschluß eines INF-Abkommens noch im laufenden Jahr aus.

Abg. **Zierer** (Bundesrepublik Deutschland) hob die Zielsetzungen ernsthafter Reformversuche in der Sowjetunion hervor. Sie seien auf Überwindung der

ineffizienten sowjetischen Planwirtschaft und der bekannten Versorgungsmängel sowie der Vergeudung von Ressourcen ausgerichtet. Auf die exponierte Lage der Bundesrepublik hinweisend, warnte Abg. Zierer davor, unter dem Eindruck der sowjetischen Angebote Abrüstung als Wert an sich zu betrachten: Abrüstung sei nur dann sinnvoll, wenn dadurch die Sicherheit erhöht werde. Angesichts der sowjetischen Überrüstung im Bereich der konventionellen und chemischen Waffen, deren Kosten mitverantwortlich seien für die wirtschaftlichen Mißstände, gegen die sich die „Glasnost"-Reformen richteten, bleibe insbesondere die Sicherheit Mitteleuropas gefährdet. Die Abschreckungsdoktrin der „flexible response" dürfe durch den Abbau aller Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite nicht durchlöchert werden. Eine Abrüstung in diesem Bereich sei deshalb nur annehmbar, wenn im unmittelbaren Anschluß daran auch über den Abbau von Kurzstrecken-, chemischen und konventionellen Waffen verhandelt werde. Wenn die UdSSR dies ernsthaft anstrebe, werde sie die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland finden.

Abg. **Knudsen** (Norwegen) begrüßte den neuen politischen Stil in der Sowjetunion und die von Gorbatschow eingeführten Reformen. Bei den nun anstehenden Ost-West-Verhandlungen über entscheidende Fragen weltweiten Interesses würden die bisher von der NATO gezeigte Entschlossenheit und der Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses auf die Probe gestellt werden. Der Westen müsse erkennen, daß Gorbatschows Reformvorschläge hauptsächlich auf innenpolitischen Faktoren beruhten. Daher solle man seine Möglichkeiten, diesen Prozeß zu beeinflussen, nicht überschätzen. Das neue Denken in der Sowjetunion schlage sich allerdings auch in den außenpolitischen Beziehungen nieder. Die sowjetische Außenpolitik sei aktiviert worden. Insbesondere gebe es neue sowjetische Initiativen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die in der UdSSR erfolgten Neuerungen eröffneten neue Möglichkeiten des Dialogs und der Zusammenarbeit in Ost-West-Angelegenheiten. Diese vielleicht sogar historische Chance solle der Westen im eigenen Interesse nutzen und den Reformen aktiv und konstruktiv begegnen. Es gelte jedoch, Wachsamkeit zu bewahren. Man sollte Gorbatschows Vorschläge sorgfältig prüfen und ihnen entschlossen entgegentreten, sofern sie mit den Interessen der Bündnisstaaten kollidierten. Dies gelte vor allem im Bereich der Sicherheit und speziell in Fragen der Verifizierung. Übereiltes Handeln, aber auch übertriebene Vorsicht müßten gleichermaßen vermieden werden.

Abg. **Sir Patrick Wall** (Vereinigtes Königreich) hielt als langjähriges Mitglied der Versammlung seine Abschiedsrede und bezeichnete Gorbatschow und seine Parteigenossen als kommunistische Verfechter eines harten Kurses, die genau wüßten, daß die Durchführung wirtschaftlicher Reformen für den von der sowjetischen Bevölkerung geforderten höheren Lebensstandard unerläßlich sei. Was die Abrüstung und Rüstungskontrolle anbelange, so beruhe Gorbatschows Verhandlungsbereitschaft lediglich auf der Einsicht, daß er bei einem Wettrüsten mit den USA verlieren würde. Falls es zu einer Beseitigung der Mittelstreckenwaffen komme, müsse dies unbedingt mit einem Ausgleich der konventionellen Potentiale, d. h. einem Abbau von seiten der Sowjetunion in diesem Bereich, einhergehen. Gerade darüber werde jedoch bereits seit vierzehn Jahren in Wien erfolglos verhandelt. Es bestehe allerdings gegenwärtig eine echte Chance, Rüstungskontrollabkommen auszuhandeln. Sie gelte es zu nutzen. Jedoch sollten die Verhandlungen nicht übereilt geführt werden. Nur wohlüberlegt und aus einer Position der Stärke könne die Sicherheit für die künftigen Generationen ausgehandelt werden.

Abg. **Hicks** (Kanada) bemerkte, gerade das von Generalsekretär Gorbatschow angeschlagene Tempo mache es schwer, zu erkennen, ob die in der UdSSR zu beobachtende Bewegung ein Fortschritt oder bloße Agitation sei. Bilder aus Afghanistan, Desinformation im Fall Tschernobyl oder repressives Vorgehen gegen Juden zeigten jedenfalls Widersprüche auf.

Die Freilassung einiger Dissidenten, die Einführung des Konkurrenzprinzips bei Wahlen und kritischere Berichterstattung in den Medien ließen auf einen Wandel hoffen, der auch eine bessere Verständigung zwischen Ost und West ermögliche.

Einerseits spekuliere Gorbatschow durchaus auf die propagandistische Wirkung seiner Initiativen. Andererseits könne ihn der Widerstand jener, die durch seine Reformen zu verlieren hätten, zu Fall bringen. Der Westen müsse daher bei Verhandlungen mit der UdSSR nach wie vor und unbeirrt auf seine Sicherheit und seinen Vorteil bedacht sein. Darüberhinaus stelle sich die Frage, ob eine wirtschaftlich erfolgreiche und moderne UdSSR weniger expansionistisch und gefährlich wäre.

Abg. **Cerquetti** (Italien) begrüßte Glasnost als neue Möglichkeit für den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West sowie für positive internationale Entwicklungen und Zusammenarbeit im Interesse des Westens. Den bestehenden Chancen solle man nicht neutral oder abwartend gegenüberstehen.

Abg. **Nunes** (Portugal) vertrat die Auffassung, Glasnost sei eine Frage sowjetischer Innenpolitik, nicht ihrer Außen- oder Abrüstungspolitik. Glasnost sei Herausforderung und Chance zugleich. Um die Chance sinnvoll zu nutzen, sei ständige Konsultation im Bündnis unentbehrlich; nur dann könne ein Bündnispartner für alle sprechen. Der Ansatz zur Analyse der Reformversuche müsse pragmatisch sein und von den tatsächlich erfolgten Maßnahmen in der UdSSR ausgehen. Für die Abrüstung sei eine gesicherte Verifizierung wichtiger als die Freilassung einiger Dissidenten. Es komme bei den Verhandlungen darauf an, ein Gleichgewicht herzustellen. Was die Europäer anbetreffe, so seien sie verpflichtet, den europäischen Pfeiler der Allianz zu verstärken, um die Verteidigung Europas sicherzustellen.

Auch Abg. **Sengün** (Türkei) vertrat die Ansicht, daß die Ziele von Gorbatschows Reformen in einer allgemeinen Mobilisierung der sowjetischen Gesellschaft bestünden, ohne daß die Grundwerte des Systems angetastet werden sollten. Neu hingegen sei eine größere Offenheit der sowjetischen Regierung sowohl gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung als auch ge-

genüber dem Westen. Gorbatschow könne seine innenpolitischen Maßnahmen nur vor dem Hintergrund friedlicher Außenbeziehungen verwirklichen. Die sowjetischen Bemühungen um eine Lösung in Afghanistan und die Abrüstungsvorschläge erschienen zwar wie Merkmale einer neuen außenpolitischen Orientierung der UdSSR. Sie stellten jedoch insgesamt betrachtet keine tiefgreifenden Neuerungen dar. Eine wirtschaftlich gestärkte und von ihrer Bevölkerung unterstützte Sowjetunion könne tatsächlich zu einer größeren Bedrohung für den Westen werden. Dennoch sei die Hoffnung des Westens begründet, daß eine offenere und menschlichere Verwaltung der UdSSR zu verantwortlichem und berechenbarem Vorgehen in der Außenpolitik Veranlassung geben könnte. Der Westen sollte vor allem wachsam bleiben und mit seinem Urteil über Gorbatschows Reformen abwarten.

Abg. **Chauveau** (Frankreich) begrüßte die Möglichkeit, daß nach vierzig Jahren Aufrüstung zum ersten Male die Chance der Rüstungsbegrenzung geboten würde, die es zu nutzen gelte. Frankreich stehe den INF-Verhandlungen positiv gegenüber, weil es am NATO-Doppelbeschluß festhalte und darin einen Schritt zum Kräftegleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau sehe, von dem jedoch das Abschreckungspotential Frankreichs und Großbritanniens unberührt bliebe. Hinsichtlich der chemischen Waffen fordere Frankreich, das selbst nicht über diese Waffenkategorie verfüge, ein umfassendes und verifizierbares Verbot. In bezug auf Gorbatschows Reformvorschläge wolle Frankreich seine Position nur in Abstimmung mit seinen Verbündeten festlegen. Gorbatschow lasse sich bei seiner Glasnost-Politik von innen- und außenpolitischer Logik leiten. Das Bündnis müsse dieser Logik seine eigene Logik entgegensetzen. In der westlichen Öffentlichkeit könne der falsche Eindruck entstehen, die Initiativen gingen immer nur von der anderen Seite aus. Der Westen solle sich allerdings Zeit nehmen, über die Reformvorschläge nachzudenken und zu diskutieren, ohne sich in eine passive Haltung abdrängen zu lassen.

Senator **Close** (Belgien) verwies darauf, daß der NATO-Doppelbeschluß auf zwei Grundprinzipien, der strategischen Kopplung zwischen den USA und Europa sowie der Möglichkeit, die Abschreckung auf europäischer Ebene wiederherzustellen, beruhe. Die USA hätten diese Logik verlassen. Gleichzeitig sei die politische Glaubwürdigkeit des Bündnisses stark erschüttert worden. Die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen hätte zur Folge, daß die Strategie der „flexible response" dem Zufall überlassen würde. Außerdem erfordere die Denuklearisierung eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte.

Wenn die Allianz sich ihre Glaubwürdigkeit und ihre Sicherheit erhalten wolle, müsse sie sich dringend auf ihre bisher nicht ausgeschöpften konventionellen Potentiale sowie auf die Neutronenbombe als Abwehrmittel gegen die sowjetischen Panzer besinnen. Vor allem käme es auf eine intensive Zusammenarbeit auf europäischer Ebene an.

Abg. **Koschnick** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, die unter dem Begriff „Glasnost" zusammengefaßten Reformen des Systems und der Kommunistischen Partei der UdSSR beträfen insofern auch das Bündnis, als sie zu neuen sowjetischen Initiativen im außenpolitischen Bereich und besonders in Abrüstungsfragen geführt hätten. In seiner Reaktion auf die sowjetischen Angebote sei der Westen bisher ungewöhnlich unflexibel gewesen. Es sei jedoch notwendig, auf diese und die nach dem Treffen des Warschauer Paktes in Ost-Berlin zu erwartenden Vorschläge einzugehen und eigene Antworten zu formulieren. Die Wahrung der Sicherheitsinteressen des Bündnisses müsse Vorrang haben. Bei Abwägung des Interessenausgleichs innerhalb der Allianz sowie bei den Themen der konventionellen und chemischen Waffen sehe er keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, weder im Bündnis noch zwischen Regierung und Opposition in der Bundesrepublik Deutschland.

Abg. **Herrero** (Spanien) begrüßte die Gelegenheit, im Rahmen der Nordatlantischen Versammlung über Grundsatzfragen des Bündnisses nachzudenken. Nach seiner Ansicht werde es ohne die amerikanische Garantie im nuklearen Bereich bald auch keine amerikanischen Streitkräfte mehr in Europa geben. Eine solche Entwicklung könne schließlich zur Auflösung des Bündnisses führen. In jedem Falle müsse die Frage jedweder Verringerung amerikanischer Truppen in Europa unter Beteiligung aller Bündnispartner behandelt werden. Wenn die UdSSR das Wettrüsten beenden und Abrüstungsvorschläge machen wolle, geschehe dies durchaus nicht ohne innenpolitische Motivationen. Dies müsse der Westen erkennen. Bei den Abrüstungsverhandlungen, auch in bezug auf die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte, müsse das Bündnis wachsam und stark sein.

Abg. **Gama** (Portugal) warnte vor zwei extremen Beurteilungen der sowjetischen Reformbestrebungen. Die Annahme, die UdSSR wolle sich vom Kommunismus hin zur Demokratie entwickeln, sei ebenso falsch wie diejenige, es fände dort überhaupt kein Wandel statt. Die UdSSR sei vielmehr bestrebt, ihre wirtschaftliche Effektivität zu erhöhen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Dazu brauche sie den Frieden, zum einen, um ihre Ausgaben im militärischen Bereich reduzieren zu können, zum anderen, um den für sie so wichtigen Technologietransfer aus dem Westen weiter auszubauen. Der Erfolg der Reformen sei ungewiß. Das Bündnis solle jedoch die Vorschläge Gorbatschows zu Verhandlungen nutzen. Die Bereitschaft der Sowjets, die auf NATO-Vorschläge zurückgehende Null-Lösung nunmehr zu akzeptieren, sei zu begrüßen. Die Null-Option solle im Bereich der INF schrittweise verwirklicht und später auch auf chemische Waffen ausgeweitet werden. Dabei müsse größter Wert auf die Verifizierungsmaßnahmen gelegt werden. Ein stabiles Sicherheitssystem könne aber letztlich nur durch größere europäische Geschlossenheit und Zusammenarbeit im atlantischen Bündnis erreicht werden.

Lord Ardwick (Vereinigtes Königreich) kritisierte die übertriebene Skepsis, die Gorbatschows Reformvorschlägen von einigen Mitgliedern der Versammlung entgegengebracht werde. Natürlich habe Gorbatschow nicht die Absicht, das kommunistische System in eine Demokratie zu verwandeln, aber er habe die

meisten tiefgreifenden Reformen seit der Revolution eingeführt. Er stehe ernsthaften wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber, deren Lösung durch das alte bürokratisierte und korrupte System unmöglich geworden sei. Gorbatschow brauche ein neues Verhältnis zum Westen. Seine Reformen seien nicht kurzfristiger Art und würden aller Voraussicht nach nicht in vollem Umfang verwirklicht werden können. Für den Westen sei es von größter Wichtigkeit, die doppelte Null-Lösung jetzt zu akzeptieren, denn wenn es jetzt nicht zu bilateralen und multilateralen Abrüstungsvereinbarungen komme, könne sich die Friedensbewegung zu einer gefährlichen Protestbewegung gegen die NATO ausweiten.

Auf eine Äußerung ihres Vorredners Lord Ardwick (Vereinigtes Königreich) eingehend, bemerkte Abg. **Frau Beer** (Bundesrepublik Deutschland), die Friedensbewegung stelle keine Gefahr dar, sondern die Chance, wirklich zu einer Abrüstung zu kommen. Aus „grüner" Sicht sei „Glasnost" — in Abwandlung des Themas — Chance und Herausforderung zugleich. Herausgefordert sei der Westen, aktiv auf die sowjetischen Vorschläge einzugehen und seine Feindbilder und Abschreckungsmodelle zu überdenken. Es bestehe die Chance zu einer Umkehrung der Rüstungsspirale, nicht nur durch Verhandlungen und Rüstungsbegrenzung, sondern z. B. durch einseitigen Abbau der Pershing II und Cruise Missiles. Auch müsse auf östliche Vorschläge zu einem vorübergehenden Einfrieren der Militärhaushalt eingegangen werden. Manche im Plenum erörterten Vorschläge zur Unterstützung von Glasnost stimmten sie allerdings skeptisch. Anstelle einer Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie sollte z. B. die Chance wahrgenommen werden, die Diskussion über die auf diesem Gebiet bestehenden Gefahren, die gerade im Fall Tschernobyl deutlich geworden seien, auch in der Sowjetunion zu eröffnen. Die GRÜNEN würden dafür eintreten, daß die Demokratisierung in der Sowjetunion nicht durch Import kapitalistischer Wirtschaftssysteme auf dem Rücken von Arbeitnehmerinteressen ausgetragen werden könne.

Abg. **Lello** (Portugal) beklagte die durch Glasnost ausgelöste allseitige Verwirrung. Tatsache sei, daß in der UdSSR Veränderungen vor sich gingen, die jedoch in erster Linie von der Notwendigkeit getragen würden, das kommunistische System zu modernisieren, das nicht in der Lage sei, bessere soziale Verhältnisse, Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. In diesem Zusammenhang seien auch Gorbatschows Abrüstungsangebote zu sehen. Die Realisierung der Reformen zwinge ihn, die Ausgaben im militärischen Bereich einzuschränken. Beim Abzug von Nuklearwaffen aus Europa gelte es zu bedenken, daß zwei Probleme zunächst ungelöst blieben: das Ungleichgewicht im Bereich der konventionellen und chemischen Waffen und die Verifikationsmaßnahmen. In Ost und West gebe es gegenwärtig gute Voraussetzungen für die Verwirklichung der doppelten Null-Lösung, der weitere Vereinbarungen über konventionelle und chemische Waffen sowie Verifikationsmaßnahmen folgen sollten. Die Sicherheit Europas und die Stabilität des Bündnisses hinge hauptsächlich von einem besseren Zusammenhalt der beiden Pfeiler der Allianz und der Notwendigkeit ab, eine Abkopplung Europas von Nordamerika zu verhindern.

Abg. **Figaredo** (Spanien) wies darauf hin, daß die UdSSR seit vielen Jahren zum ersten Mal bereit sei, über substantielle Reduzierungen von Nuklearwaffen zu verhandeln. Darin bestehe eine Möglichkeit, das nukleare Wettrüsten zu beenden und gleichzeitig Reduzierungen im Bereich der konventionellen Waffen durchzuführen. Die doppelte Null-Lösung sei eine Chance für den Frieden in der Welt, die man nutzen sollte. Da sich die Sicherheitsverhältnisse in Europa jedoch durch den Abzug der Nuklearwaffen drastisch verändern würden, müsse der Westen Gorbatschows Vorschlägen unbedingt eine neue Verteidigungsstrategie entgegensetzen.

Neben Abrüstungsvereinbarungen müsse man aber auch auf Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte drängen und die UdSSR nachdrücklich auffordern, endlich ihren vor vierzehn Jahren in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Gorbatschow sei bei seinen Reformplänen auf die Hilfe des Westens angewiesen. Der Westen solle diese Tatsache auch für Verhandlungen über andere wichtige Angelegenheiten, die in seinem eigenen Interesse stünden, nutzen. Vor allem müsse die Geschlossenheit des Bündnisses als wichtigste Grundlage für Frieden und Freiheit unserer Gesellschaften garantiert werden.

In einer Rede vor den Delegierten der Nordatlantischen Versammlung am 23. Mai 1987 legte der kanadische Premierminister **Mulroney** ein klares Bekenntnis zur doppelten Null-Lösung ab. Für Kanada gelte es, bei allem Verständnis für die spezifisch europäischen Probleme Solidarität mit der Führungsmacht zu zeigen.

Neben einer positiv gelassenen Beurteilung der zahlreichen Initiativen Gorbatschows — man solle den sowjetischen Generalsekretär auf die Probe stellen und brauche keine Angst vor Veränderungen in der Sowjetunion zu haben — bekräftigte Premierminister Mulroney die kanadische Entschlossenheit, den Bündnisverpflichtungen nachzukommen. Eine kritische Neubewertung des kanadischen Beitrages im Lichte einer veränderten Bedrohung sei aber unumgänglich.

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB
Leiter der Delegation

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333